

## Der Kahlschlag geht weiter!

Weihnachten '94. Man könnte den alten Nikolaus-Satz abändern: „Von drauß' vom Walde komm' ich her - ich muß Euch sagen - er steht nicht mehr!“ Die bissige Karikatur hatten wir schon einmal im „blickpunkt“ abgedruckt, vor 13 Jahren, im Dezember 1981.

Damals wurden gerade die ersten Abschnitte für die Startbahn/West gerodet. Hunderte Hektar Wald wurden damals plattgemacht.

„Kein Wald wird künftig am Flughafen fallen!“ sagte anschließend Ministerpräsident Börner (SPD). Mittlerweile wurden am Flughafen stillschweigend weitere 61 Hektar gefällt und jetzt gibt es einen neuen Kahlschlag von 31 Hektar für Cargo-City.

Endlich - freier Blick bis zum Taunus, freie Fläche für den Profit. Jetzt kann's weiter gehen. Heute haben wir knapp 380.000 Flugbewegungen im Jahr und schon gibt es die Vorhersagen auf 410.000. Tagsüber ist der Himmel zu? Da haben wir doch noch die Nacht! Hier gibt's doch erst 68 Flüge. Das Parallelbahnsystem schafft's nicht mehr? Aber jetzt kann man doch locker die Bahnen spreizen - das flutscht dann! Wir werden's erleben. Bald!

Aber es gab doch Proteste? Stimmt. Die „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“ protestierte, die Kirchen mahn-ten, die Ärzte forderten den Walderhalt, es gab viele Demonstrationen und Kundgebungen. „Juckt uns wenig“, sagen da die Oberen. Demokratie?, „Wir sind das Volk?“, aber doch nicht hier. „Die Proteste sind gering“, sagt Minister Jordan. Da hat er recht. Es waren zu wenig, die sich sehen ließen. Tief sitzt die Resignation. „Damals waren wir 150.000 in Wiesbaden und die da oben haben doch gemacht was sie wollten“, hört man immer wieder.

Außerdem, die stärkste Partei vor Ort, mit ihrer FAG-Fraktion in der Fraktion, unterstützte Cargo City und damit den Waldfraß. Da ist's dann auch schon normal, wenn man während der Bl-Kundgebung mit Peter Härtling eine Polizeiarmada auf dem städtischen Bauhof bereitstellte. Vor 12 Jahren ein undenkbarer Vorgang.

Leider haben dazu noch viele Grüne, in Bonn, Wiesbaden und anderswo vergessen, weshalb man sie einmal in die Parlamente gewählt hat.

Das ist die traurige Bilanz im Dezember des Jahres 1994.

Man sollte das alles nicht so schnell vergessen. Es ist zu hoffen, daß die Menschen in der gebeutelten Flughafenregion wachsam bleiben, denn es gibt viele weitere Waldvernichtungspläne.

Außerdem, für alle, die über diese Entwicklung zornig oder traurig sind gibt's noch ein Datum, das man sich merken sollte: Der 19. Februar 1995. Dann nämlich ist Landtagwahl.



## Ärzte-Protest

Vierundzwanzig Ärzte aus unserer Stadt forderten in einem "Appell in letzter Stunde": Kein Wald für Cargo-City!

In der Erklärung heißt es:

*"Wir Ärztinnen und Ärzte fordern die Verantwortlichen auf, keine weiteren Rodungen am Frankfurter Flughafen zuzulassen.*

*Wir fordern, daß der für Cargo-City auf der Rodungsliste stehende Wald (31 Hektar) als natürlicher Luftfilter, als Lärm- und Lichtschutzzone erhalten bleibt. Nach unseren Erfahrungen gab es in den letzten Jahren auffällig mehr Schleimhautreizungen im Nasen-Rachen-Bereich mit chronischem Schnupfen, chronischer Bronchitis bis hin zu Asthma sowie Augenreizungen, die auf erhöhte Ozonwerte zurückzuführen sind.*

*Durch die geplante Errichtung von Cargo-City in einem Waldgebiet direkt an der Stadtgrenze wird der Verkehr in der Umgebung von Mörfelden-Walldorf erheblich zunehmen, was vermehrt zu Abgasen und damit zu Sommer-smog und erhöhten Ozonwerten führen wird.*

*Der Wald erfüllt hier eine unersetzliche Schutzfunktion. Außerdem ist bekannt, daß in der Nähe von Hauptverkehrsstraßen die Menschen an erhöhtem Blutdruck erkranken mit den Folgen von Herzinfarkt und Schlaganfall. Die Bewohner der Flughafenregion leiden erheblich an Schlafstörungen. Der nächtliche Fluglärm, der jetzt schon sehr belastend ist, würde nach dem Bau von Cargo-City erheblich anwachsen. Eine ungestörte Nachtruhe ist aber besonders wichtig für die Gesundheit der Menschen."*

In dem Appell an die verantwortlichen Politiker heißt es weiter:

*"Sie sind von Bürger und Bürgerinnen des Landes auch deshalb gewählt worden, um Entscheidungen im Sinne der Erhaltung der Gesundheit zu treffen.*

*Aus Verantwortung für unsere Patientinnen und Patienten erwarten wir von Ihnen, daß Sie unsere Argumente bei der Entscheidung über den Standort von Cargo-City-Süd berücksichtigen."*



## Börner, Eichel und wie sie sonst heißen

Die Bürgerinitiative gegen die Flughafenenerweiterung war mal wieder in der Landeshauptstadt, bekam auch einen Termin beim Hessischen Ministerpräsidenten. Die Regionalprogramme des Fernsehens und die Presse waren dabei. Wir überreichten ihm das Modell einer Kettensäge, mit der Aufschrift „Das rot-grüne Umweltmodell“.

Natürlich, man ist Realist. Daß dabei nix rauskommt wußten wir. Schließlich gibt es ein paar Erfahrungen. Wir hatten die Startbahnauseinandersetzung und waren beim Hessischen Ministerpräsidenten. Damals nannten wir ihn den Dachlatten-Börner - und so war er auch. Ihn beeindruckten auch 150.000 Demonstranten in Wiesbaden nicht. Die Startbahn/West wurde trotzdem in den Wald betoniert. Die Gründe: Staatsraison, Kapitalinteresse, Regionaler Egoismus, militärischer Druck.

Eichel ist anders, hieß es. Er hat bessere Umgangsformen. Stimmt. Die hat er. Aber was noch?

„Jetzt kommt ihr erst“, sagt er. Als hätte es früher sein können. Am 20. Dezember 1993 erst hat die US-Air Base einen Teil „ihres“ Geländes an die FAG verkauft. Und in nur knapp einem Jahr wurden die Pläne für Cargo-City durchgepeitscht.

„Was halten sie vom Protest der Ärzte gegen die vorgesehenen Rodungen, von deren Sorgen um die Gesund-

heit“? fragen wir ihn. „Dramatisieren sie doch nicht“, meint der Landesvater. „Nehmen sie die großflächigen Rodungen auf die leichte Schulter?“, fragen wir. „Der Wald taugt doch nicht viel“, wiederholt Eichel ein CDU-Argument.

„Wir haben jetzt jährlich 380.000 Flugbewegungen auf Rhein-Main, soll das immer noch mehr gesteigert werden?“, fragen wir. „Alles was beim dortigen System jetzt machbar ist, ist in der Koalitionsvereinbarung abgesichert“, spricht Eichel.

Gut, halten wir fest, er wirkte zwar unsicher, aber höflich war er, der Eichel. Sonst die gleichen Sprüche wie bei Börner. „Aber beim Kanther wird's schlimmer“, höre ich jetzt schon meine sozialdemokratischen Stadtverordnetenkollegen. Das glaube ich, aber was uns Eichel „geboten“ hat, reicht mir auch nicht.

Beim Abschied sagten wir dem Ministerpräsidenten in Wiesbaden: „Denken sie daran: Weniger Bäume - weniger Stimmen!“. Gegen viele Entwicklungen in der hessischen Landespolitik muß man einfach protestieren. Auch mit dem Stimmzettel.

Eichel lachte und ging zur Koalitionsrunde mit den Grünen. Dort bekam er keine Kettensäge als Protest gegen die endlosen Waldrodungen am Frankfurter Flughafen überreicht. R.Hechler

## Voll daneben !

Im Heft 4 der Vereinszeitung von Rot-Weiß Walldorf schreibt Karl-Heinz Kubb, 2. Vorsitzender und CDU-Stadtverordneter: „Drei Dinge sind wichtig für Krieg und Vereinsarbeit, nämlich Geld, Geld und nochmals Geld.“

Für sein Thema - Eigenleistung der Vereine und Vereinsförderung durch die Stadt - wäre ein „zivileres“ Einstiegszitat sicher angemessener gewesen.

Oder will Karl-Heinz Kubb die „Rot-Weißen“ jetzt als „Kriegerverein“ profilieren ?

## Mehr Platz für die Feuerwehr

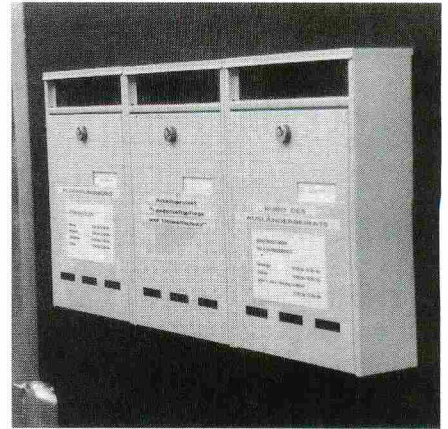
Am 4. Dezember wurde das erneuerte Mörfelder Feuerwehrgerätehaus unter großer Beteiligung der Bevölkerung in Betrieb genommen. Das Haus wurde umgebaut und durch eine Aufstockung um ein Ausbildungszentrum mit modernster technischer Einrichtung erweitert. Nun ist es möglich, in freundlicher Atmosphäre die heute so notwen-

digen Weiterbildungsveranstaltungen durchzuführen. Auch wurde mehr Platz für den Umkleidungsbereich und einen Jugendraum geschaffen. Die Anforderungen an die Feuerwehr wachsen täglich, durch das die Stadt umgebende Straßennetz mit viele Gefahrguttransporten. Aber auch durch hochkomplizierte Anlagen im Gewerbe- und Industriegebiet. Das Geld für die Feuerwehr ist deshalb gut angelegt. Zu fordern wäre aber eine stärkere Bezuschussung durch Land und Bund, denn nicht selten sind auch überregionale Aufgaben wahrzunehmen.

## Ärztehaus

Schon die DKP-Fraktion hat mehrmals Initiativen ergriffen, damit im Ärztehaus Mörfelden ein Aufzug installiert wird. Einen Aufzug gibt es immer noch nicht, da die Ärztehaus Hessen GmbH in Frankfurt diese Investition offenbar für nicht notwendig erachtet.

Nun ist erneut ein Patient, der zudem Oberschenkelamputiert ist, auf der Treppe schwer gestürzt. Es wäre gut, wenn auch die Stadt Mörfelden-Walldorf sich darum kümmern würde, damit nicht Schlimmeres passiert.



## Billig

Da hat die Stadt nun bei ihrer Außenstelle in der Wolfsgartenstr. ein neues Hoftor mit Briefkästen für die dort eingerichteten Büros anbringen lassen.

Die sicher gutgemeinte Sache hat allerdings einen Mangel: Der Standard der Briefkästen ist mehr als billig! Außen angebracht, eher klein, ohne Klappe, für jeden zugänglich und reinregnen kann's auch.

Den Einrichtungen, die in dieser Außenstelle der Stadtverwaltung tätig sind, vor allem aber auch den Bürgerinnen und Bürgern, mit denen sie arbeiten, ist das nicht angemessen.

Hier wurde am falschen Ende gespart - das sollte bald korrigiert werden.

## Kundgebung mit Peter Härtling

Im strömenden Regen protestierten 200 Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt gegen die begonnene Rodung direkt am Nordrand von Walldorf.

Neben Erich Schaffner, Folkmar Schirmer und anderen Rednern, sprach auch der Schriftsteller Peter Härtling. Härtling warnte vor dem "immer so weitermachen", Kinder und Enkel müßten auch morgen noch hier leben können.

Bei den Transparenten sah man: "Wachsam und aktiv bleiben! ... und an den 19. Februar denken!"



An's Telefon kleben!  
Die Telefon-Nummer der  
Fluglärm-Beschwerde-Stelle:  
069/69022001

# Gegen das Vergessen



Im Frühjahr 1995 jährt sich zum 50. mal das Ende des 2. Weltkrieges in Europa und somit auch die Befreiung Deutschlands vom Faschismus. In Erinnerung an die unzähligen Opfer des vom Nazi-Deutschland ausgehenden Verbrechens, wird auch die Stadt Mörfelden-Walldorf, auf Antrag der DKP/OL Parlamentsfraktion, eine Reihe von Veranstaltungen durchführen. Die jüngsten neofaschistischen Gewalttaten in Solingen, Mölln, Magdeburg und unzähligen anderen Städten unseres Landes machen mahndendes Gedenken zur Pflicht.

Im „blickpunkt“ soll in einer Artikel-Serie mit dem Titel „Gegen das Vergessen“ an die Zeit vor 50 Jahren und an das, was Menschen unserer Stadt damals wiederfuhr, erinnert werden.

## Ende 1944. Am „Westwall“ zum Schanzen.

Graue Oktober- und Novembertage, Nebel und Nieselregen waren nicht die einzigen häßlichen Begleitumstände die mehrere hundert Jugendliche im Alter zwischen 15 und 17 Jahren nur wenige Kilometer hinter der Westfront, im Jahre 1944 erwarteten. Es war das letzte Aufgebot, das die oberste Führung der Hitlerjugend (HJ) auf den Weg schickte, um den Feind aufzuhalten. Auch viele Jugendliche aus Mörfelden und Walldorf, darunter auch Mädchen des BDM (Bund Deutscher Mädchen) waren unter den Dienstverpflichteten, die in Sonderzügen in das damalige Saargebiet u.a. in die Stadt Merzig geschickt wurden.

Einige Betroffene der Jahrgänge 1927-29 erinnern sich noch : „Gefragt, oder um Zustimmung der Eltern gebeten, wurde niemand. Das war Pflicht und die Angst vor Repressalien war allgegenwärtig.“ Die meisten wurden aus der Lehre bzw. aus der Ausbildung gerissen. Eine Schaufel war mitzubringen. Abgefahren wurde in der Nacht unter Fliegeralarm. Die Ankunft in Merzig am Morgen war für viele schockierend, Trillerpfeifen, schrille Schreie der sich aufspielenden Vorgesetzten, Fliegeralarm und flüchten hinter Menschen in alte Bergstollen. Die Zivilbevölkerung war zum größten Teil schon evakuiert. Als Quartier dienten leerstehen-

de Schulen und ausgeräumte Schulsäle wurden zu Schlafsälen, ohne jegliches Inventar und die alten, noch nach Öl riechenden Holzfußböden, waren die einzige Unterlage auf die sich müde, noch halbe Kinder, abends nach den Strapazen, nur noch fallen lassen wollten. Noch nicht einmal Stroh stand zur Verfügung und als Unterlage und Zudecke zugleich, diente die von zu Hause mitgebrachte Wolledecke, der eigene Tornister als Kopfkissen. „Gelobt sei, was hart macht“ war damals die Devise.

Die Verpflegung war miserabel. Verschimmeltes Kommissbrot, dünner Malzkaffee und angebranntes Gelberüben-gemüse waren an der Tagesordnung. Wenn ein Jugendlicher im Feld nur einen Apfel stahl, wurde er streng bestraft, sein Kopf kahl geschoren und seine eigenen Stubengenossen mußten ihn verprügeln.

Die Aufgabe der Jugendlichen war, unter Aufsicht und Kommando zurückgekehrter und unter Verwundung leidender Frontsoldaten und oberer HJ-Führer, auf den Bergen, entlang der Saar, Schützengräben auszuheben. Die Arbeiten wurden oftmals am Tag durch Tiefflieger-Angriffe unterbrochen. Unweit von Merzig gab es, wahrscheinlich in Bergstollen, Abschußrampen der V2 (Raketenabschußrampen der Nazis). Diese Raketen stiegen immer mal am Tage, begleitet von lautem Knall, in den Himmel. Gleich darauf erschienen amerikanische Jagdbomber.

Die Jugendlichen waren somit ständig Gefahren ausgesetzt und bedingt durch die miserablen hygienischen Verhältnisse, aber auch durch die naßkalte Jahreszeit, war der Krankenstand sehr hoch. Fehlende Regenumhänge und somit nasse Kleidung, die in den ungeheizten Räumen keine Zeit zum Trocknen hatte, trugen das übrige dazu bei. Jeder Zweite litt unter eitriger Angina und schwere Infektionskrankheiten, darunter auch Scharlach, brachen aus. Die Eltern zu Hause hatten von all dem keine Ahnung, aber auch keine Verbindung zu ihren Kindern, sodaß die Sorge sehr groß war.

Ein Teilnehmer von damals wußte noch: „Der immer lauter werdende Geschützdonner bewies uns, daß die Front täglich näher rückte. Wären die Alliierten plötzlich vorgestoßen, dann hätten die Nazis noch jedem von uns eine Panzerfaust in die Hand gedrückt.“ Man kann von Glück sagen, daß dies nicht eingetreten ist, denn viele hätten eine solche Situation wohl nicht überlebt.

Nach vier Wochen wurden die ersten wieder zurückgeschickt, um sie sofort zum Arbeitsdienst, oder zur Wehrmacht, einzuziehen zu können. Der Rest kehrte nach etwa nach sechs Wochen zurück.

Heinz Hechler

**Jede Mark hilft  
dem  
»blickpunkt«!**

**Unser Konto:  
Kreissparkasse  
Groß-Gerau,  
Konto-Nr. 9003419,  
BLZ 50852553**



Historisch unbelastet ist eigentlich nur Mallorca, Herr General!

## Auf geht's!

Da saßen sie nun da. Nichts Böses denkend, und plötzlich will die NATO Bundeswehr-Tornados für Bosnien. Jetzt muß man prüfen, heißt es. War's wirklich so, daß dem NATO-Oberbefehlshaber mit einem Male aufgefallen ist, daß es ja auch noch Deutschland gibt? Viel eher ist es vorstellbar daß Rüge darum gebettelt hat, die Bundes-

wehr mit ihren wundervollen Tornados ja nicht zuvergessen.

Humangedusel und sogar das Thema Bosnien kann man beiseite lassen. Bonn will in der NATO nicht nur gleichberechtigt sein, es will die erste Geige spielen, was jedoch nur möglich ist, wenn es auch militärisch voll mitmischt. Das ist der Sinn der Blauhelmpolitik.

Wo die Premiere für Kampfeinsätze über die Bühne geht, ist im Grunde nicht so wichtig. Der Golf ist freilich derzeit nicht gefragt, im Kaukasus ist es noch nicht soweit, und Rwanda ist für große Ambitionen viel zu weit. Was bleibt, ist Bosnien.

Das NATO-Debakel ist dort zwar mittlerweile offenkundig, doch in Bonn wird voller Ernst geprüft, ob man verrückt genug ist, ins Fiasko schnell noch einzusteigen.

Zu einem Einsatz in Berg-Karabach, einem der heißesten aller Kriegs- und Krisengebiete der ehemaligen UdSSR, ist die Riege Kohl/Rühe/Kinkel unbedingt bereit. Vor einem Einsatz in Ex-Jugoslawien lassen - zumindest bis jetzt - die Schatten der Vergangenheit zurückschrecken. Weniger Hemmungen zeigen die SPD-Spitzen. So weiß der SPIEGEL zu berichten: „SPD-Außenpolitiker Voigt versprach seinen ungeduldigen Gastgebern in New York und Washington, die SPD-Fraktion sei für Vorschläge, Soldaten nach Mazedonien oder in den Kaukasus zu schicken, „offen“. „Wir prüfen jeden Einzelfall“, beteuerte der Sozialdemokrat. „Hinter uns kann sich keiner verstecken.“ In der Stunde der Gefahr läßt ein rechter deutscher Sozialdemokrat das Vaterland nicht im Stich, wie gehabt...

## Die DKP kandidiert zur Landtagswahl 1995 in Hessen

Die DKP ist der Meinung, daß links von SPD und Grünen aktiv Politik gemacht werden muß.

SPD und Grüne bedürfen des Drucks von links, wenn sie nicht in Anpassung an CDU/CSU und FDP enden sollen. Diese Rolle hat die PDS in den letzten Jahren in Bonn und im Bundestagswahlkampf gespielt. Mit ihren offenen Listen hat die PDS anderen linken Gruppen und Persönlichkeiten die Möglichkeit des Zusammenwirkens gegeben. Das hat sich positiv ausgewirkt. Die PDS will bei der Landtagswahl in Hessen nicht kandidieren und hat bisher keine anderen Vorstellungen vom Zusammenwirken der Linkskräfte (etwa ein linkes Wahlbündnis verschiedener Gruppen und Parteien) entwickelt. Das ist schade - denn der Prozeß linker Sammlung, der bei der Bundestagswahl in Gang gekommen ist, sollte

eigentlich nicht unterbrochen werden. Deshalb wollen wir kandidieren.

Wir wurden aber gefragt: Könnten die Stimmen, die für die DKP abgegeben werden, nicht den Rot-Grünen Parteien fehlen? Immerhin, die CDU mit Kantner an der Spitze will in Hessen die Landesregierung bilden.

Wir fürchten, daß der SPD vor allem die Stimmen der vielen enttäuschten Mitbürgerinnen und Mitbürger fehlen, die von den drastischen Kürzungen im Sozialbereich betroffen sind, die die hohen Mieten nicht mehr zahlen können, die von Arbeitslosigkeit betroffen und bedroht sind. In unserer Region hat die SPD zudem wegen ihrer Zustimmung zu Cargo-City am 19. Februar eine Antwort verdient.

Leider entwickelt die SPD kein echtes Alternativprogramm zur CDU-Politik. Die SPD verwaltet in Wiesbaden die

Krise, und das ermöglicht es dem Demagogen Kantner (CDU), an die Enttäuschung der Leute anzuknüpfen. Es ist sogar zu befürchten, daß auf der Grundlage des sozialen Kahlschlags neonazistische Gruppen und Parteien auf Stimmenfang gehen und mit Kantner gemeinsame Sache machen.

Das Auftreten der DKP im Wahlkampf wird sich jedenfalls entschieden gegen die CDU richten. Wir werden Ausländerfeindlichkeit und Rassenhaß bekämpfen. Wo wir können, werden wir den am Großkapital und den Banken orientierten Kurs der CDU anprangern und zurückweisen. Wir erleben allerdings: Die Verantwortlichen in den Kommunen, ob sie der CDU, der SPD, oder den Grünen angehören, beugen sich den "Sachzwängen" und geben den Druck nach unten weiter. Die Großbanken machen derweil mit der Not der Kommunen Riesengeschäfte. Dem wollen wir entgegenwirken.

Wir wünschen uns, daß viele linke Wähler die DKP dabei unterstützen.

## Finanznot

Nach den Wahlen, heißt es bekanntlich, muß man zahlen. Daß es so kurz und so drastisch nach der Bundestagswahl schon bekannt wird, daß die Bürger zur Kasse gebeten werden, hat dennoch verwundert.

Bekannt wurde, daß die Bundesregierung die Gewerkekapitalsteuer wegfallen lassen, die Gewerbeertragsteuer senken will. Außerdem soll die Gewerbesteuer schrittweise ganz abgeschafft werden. Wie wir wissen, sind die Gewerbesteuern Großfirmensteuern - die kleinen Geschäfte und Handwerksbetriebe sind ohnehin weitgehend ausgenommen. Durch diesen Steuererlaß werden also die Betriebe nochmals entlastet. Auf der anderen Seite ist die Gewerbesteuer eine Kommunalsteuer (mit 26,9 Mill. in 1994 ist sie nach der Lohn-/Einkommensteuer die wichtigste Einnahme unserer Stadt). Viele Gemeinden und Städte haben in den letzten Jahrzehnten viel investiert in Gewerbegebiete und Infrastruktur

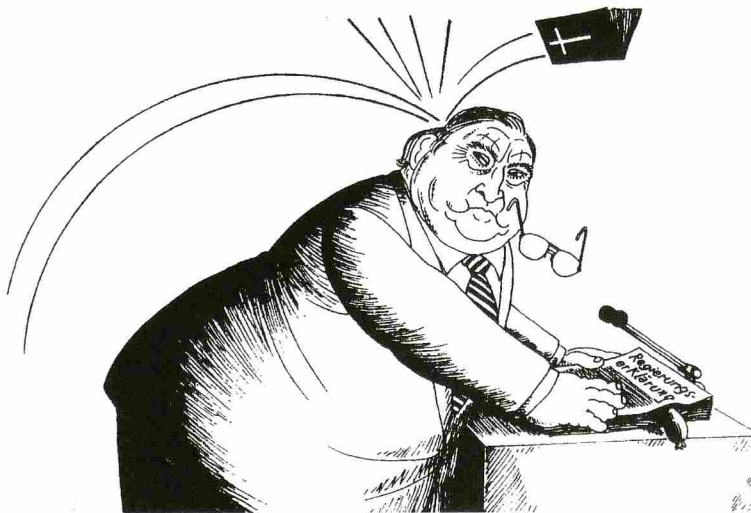
um den Stadtsäckel zu füllen. Wir haben zwar immer schon bezweifelt, daß diese Politik der übertriebenen Gewerbeansiedlung ein Geschäft für die Stadt ist (je größer unser Gewerbegebiet, umso größer der Schuldenberg!). Auch die Gewerbesteuerumlage, also die Teilung des Gewerbesteueraufkommens mit dem Kreis, Land und Bund steigt drastisch. Allein von 1993 auf 1994 stieg diese Umlage um 60% und wird 1995 nochmals um 41% steigen. Das wird zweifellos zu drastischen Mindereinnahmen der Stadtkasse führen, beklagte der Kämmerer anläßlich der Vorstellung des 2. Nachtragshaushaltes 1994. Er rechnete vor, daß allein durch den Wegfall der Gewerkekapitalsteuer 4 Mill. DM weniger eingingen. Die Situation und die schlechten finanziellen Aussichten trug der Stadtkämmerer Vorndran mit Engagement vor. Er 'geißelte' die Bundesregierung. Doch der Protest war ja doch wohl nur 'platonisch', denn man koalitiert vor Ort mit der dafür verantwortlichen Regierungspartei.

Die Kommunalverbände (Städtetag und Städte- und Gemeindebund) und

Bürgermeister der Großstädte haben lautstark protestiert und das Ende der kommunalen Selbstverwaltung vorhergesagt. Sie fordern einen Ausgleich. Das würde letztendlich bedeuten, daß Bund, Land, Kreis auf bisherige Steueranteile verzichten.

Da diese aber auf höhere Einnahmen angewiesen sind, werden andere Steuern erhöht. Man braucht also kein Prophet zu sein, um an die Massensteuern zu denken. Massensteuern sind Verbrauchersteuern, also zahlt's wieder der "kleine Mann".

Ein Beispiel mehr, wie von oben nach unten umverteilt wird. Hat dieses schon in den letzten 10 Jahren stattgefunden und ist die 'neue Armut' entstanden, die Wohnungsnot, die Massenarbeitslosigkeit, die Perspektivlosigkeit allgemein, so ist verwunderlich, warum eine solche Politik bei den Bundestagswahlen in diesem Jahr erneut eine Mehrheit finden konnte. Sarkastisch kann man zitieren: Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber. rd



### **Solidarität mit Ausgegrenzten der Gesellschaft und Recht auf Arbeit angemahnt**

Ein Papier zur wirtschaftlichen und sozialen Lage haben die evangelische und katholische Kirche in Bonn vorgestellt. Darin heißt es: Bereits jetzt seien mindestens vier Millionen Arbeitslose von der Teilnahme am gesellschaftlichen Wohlstand ausgeschlossen. Über eine Million Kinder müßten von der Sozialhilfe leben, 1,7 Millionen Kinder lebten in Familien die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, 500.000 müßten in Obdachlosenwohnungen hausen, 50.000 auf der Straße. Soziale Gerechtigkeit und ein Umbau des Staates sei notwendig, dies bedeute aber nicht Abbau von Sozialleistungen, wurde erklärt.

## **Koch gesucht**

**Für die Wintersaison  
oder für  
Festanstellung  
suchen wir einen Koch.**

**Es geht um die  
Gemeinschaftsver-  
pflegung von  
ca. 140 Personen im  
"Kanzelwandhaus".**

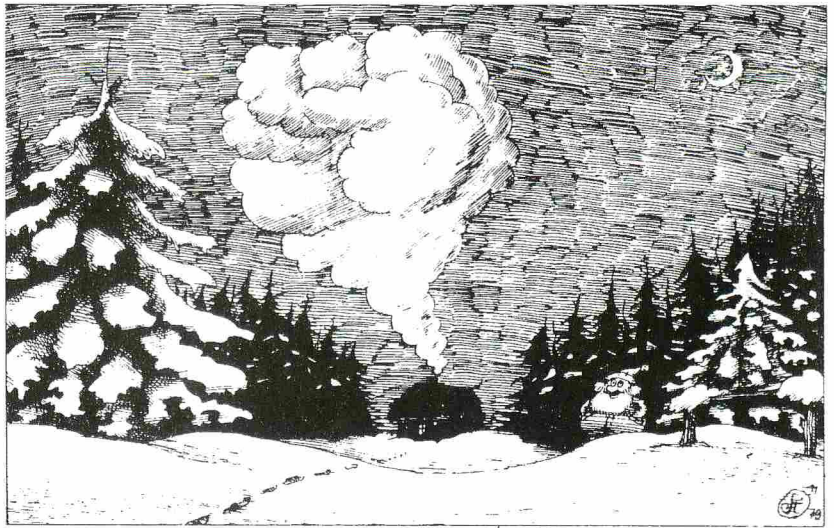
**Im traumhaften Allgäu,  
mitten im Skigebiet am  
Fellhorn, liegt das  
Naturfreunde-Ferienheim  
"Kanzelwandhaus".**

**Rufen Sie an:  
Telefon 08322/3346  
(Frau Franke oder  
Frau v. Klev)**



## Wir pflanzen einen Baum

- Die Aktion "Wir pflanzen einen Baum" ist eine Idee die versucht, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger zu überzeugen, der bedrohten Natur, durch Pflanzaktionen zu helfen!
- Die Aktion ist unabhängig und an Weisungen und Auflagen nicht gebunden.
- Ziel der Pflanzaktionen ist es, an geeigneter Stelle Bäume - auch Obstbäume oder Sträucher - zu pflanzen.
- Auch sollte man sich an früher vorhandene, schöne Alleen erinnern und eine Neuanpflanzung begründen.
- Nicht Isolation und Resignation ist die Lösung, sondern neues Denken und Handeln schafft Hoffnung und Zuversicht! Daher haben schon viele Privatpersonen, Gruppen und Verbände, dieser Aktion Ihre Zustimmung und Unterstützung versichert.
- Leben braucht Leben, jetzt und in Zukunft, für uns und unsere Kinder!
- Auskunft über diese Aktion erhalten Sie über die
- Telefon-Nummer 06105/33346.



Besser als gerührt sein, ist sich rühren!

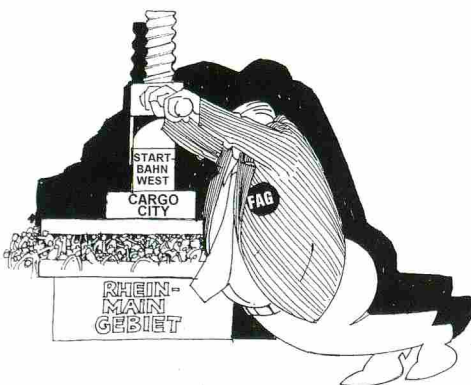
Soll das heißen,  
daß wir draußen bleiben  
Ungeladen in der Kälte sitzen müssen  
Weil da große Herrn geruhn,  
uns vorzuschreiben  
Was da zukommt uns an  
Leiden und Genüssen?

Besser scheint's uns doch,  
aufzubegehren  
Und auf keine kleinste Freude zu verzichten  
Und die Leidenstifter kräftig abzuwehren  
Und die Welt uns endlich  
häuslich einzurichten!

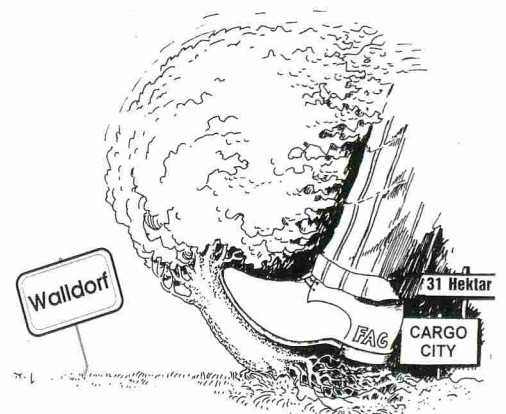
Bertolt Brecht

Allen Leserinnen und Lesern unserer  
Zeitung wünschen wir Gesundheit und  
ein friedliches 1995

DKP Mörfelden-Walldorf



"Im Mittelpunkt steht der Mensch!"





*Junge Arbeiterinnen der Firma Hero (Helvetia-Konservenfabrik Groß-Gerau) die sich nach Feierabend im Gerauer Foto-Atelier „Helios“ für ein Erinnerungsfoto zusammenfanden. Die heute 94-jährige Luise Acker, bei alten Mörfeldern noch als „Knaufe-Luwis“ bekannt, stellte uns das Foto zur Verfügung. Sie, zweite von links sitzend, und weitere drei Mörfelderinnen, darunter Sophie Scherer geb. Hechler, zweite von rechts stehend, sind auf dem Bild zu sehen.*



*Die Firma Hero, so genannt nach den Schweizer Firmengründern Henkel und Roth, hatte, gestützt auf das fruchtbare Umland und Absätze im In- und Ausland, in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg Hochkonjunktur. Im Jahre 1927 bestand die Belegschaft aus 900 Arbeiterinnen und Arbeitern. Nicht in dieser Zahl enthalten sind die vielen Heimarbeiterinnen, die morgens in aller Frühe mit ihren Handwägelchen vor dem Tor standen und auf die Ausgabe von Bohnen zum Abziehen und Schnippeln, warteten. Viele Mörfelder Mädchen fanden in der Saison dort Arbeit in den großen Plantagen rechts an der Landstraße vor Groß-Gerau. Luise Acker arbeitete am Kessel in der Marmeladeherstellung und sie weiß noch, daß sie damals 14 Mark die Woche verdiente von denen sie zu Hause fünf Mark den Eltern abgeben mußte.*

## Sofie Haag wurde 80

*Am 29. November 1994 wurde Sofie Haag 80 Jahre alt.*

*Sofie Haag hat dazu beigetragen, daß im politischen Leben unserer Stadt Kommunisten „dazugehören“.*

*Sofie hat sich, so lange wir denken können, für Frieden, Gerechtigkeit und eine lebenswerte Zukunft eingesetzt. Dafür danken wir ihr herzlich.*

*DKP Mörfelden-Walldorf*

